Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(52. - öffentliche - Sitzung am 11. November 2019)

Beratungsthemen:

 Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bestimmung der "Roten Gebiete" nach der Düngeverordnung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch MU und ML entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Landesregierung sagte die Übersendung ergänzender Unterlagen zu.

2. a) Entwurf eines Gesetzes zum Verbot von Erdgas- und Erdölbohrungen im niedersächsischen Wattenmeer

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4824

b) Einmaliges Ökosystem schützen: Förderung von Öl und Gas im niedersächsischen Wattenmeer beenden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4823

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung, ihn in seiner für den 2. Dezember 2019 geplanten Sitzung zu dem Thema zu unterrichten. Auf dieser Grundlage soll das weitere Beratungsverfahren geplant werden.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Niedersachsen (Erneuerbare-Wärme-Gesetz Niedersachsen - NEWärmeG)

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4780

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

Fair und klimafreundlich Wohnen: Kickstart für die Energiewende im Gebäudebereich

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung, ihn zu dem Thema in einer der nächsten Sitzungen zu unterrichten. Auf dieser Grundlage soll das weitere Beratungsverfahren geplant werden.

4. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4486

Der Ausschuss führte die Mitberatung des ihn betreffenden Artikels durch und plädierte gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs mit Änderungen (Vorlagen 3 und 4) zu empfehlen.

5. Vom Eichenprozessionsspinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3225

dazu: Eingabe 00983/09/18

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen und die in die Beratung einbezogene Eingabe für erledigt zu erklären.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

Außerhalb der Tagesordnung nahm der Ausschuss eine schriftliche Unterrichtung zum Stand der Bergungsarbeiten nach der Havarie der "MSC Zoe" Anfang 2019 durch das Referat WS 22 im BMVI - Gefahrenabwehr in der Seeschifffahrt, Lotswesen, Seeunfalluntersuchung, BSU - vom 8. Oktober 2019 entgegen und kam überein, hierzu in der für den 2. Dezember 2019 vorgesehenen Sitzung eine Aussprache zu führen und die Möglichkeit zu eröffnen, Fragen an die Landesregierung zu richten.

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - <u>Drs. 18/4494</u>

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

Klimaschutz in Niedersachsen

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/4495

b) Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - Nds. KlimaG)

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4499

 Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur F\u00f6rderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Nieders\u00e4chsisches Klimagesetz -NKlimaG)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4839

Der - mitberatende - Ausschuss setzte die Vorbereitung der Anhörung zu den drei Gesetzentwürfen im - federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen fort.